

Antrag
der Fraktion der SPD

Europäischer Rat vom 2./3. Dezember 1985 in Luxemburg

Die Diskussion um die europäische Integration ist in den letzten Wochen durch verschiedene Ereignisse neu belebt und intensiviert worden:

- Am 14. November 1985 hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich dem Beitritt von Spanien und Portugal zur Europäischen Gemeinschaft zugestimmt.
- Die am 29./30. Juni 1985 in Mailand vom Europäischen Rat beschlossene Regierungskonferenz hat seit Anfang September 1985 getagt und einen ersten Abschluß in der Sitzung des Europäischen Rates in Luxemburg gefunden.
- Gleichzeitig beschäftigen sich die Gremien des Deutschen Bundestages mit dem vom Europäischen Parlament vorgelegten Vertragsentwurf zur Gründung der Europäischen Union.

- I. Spanien und Portugal gehören zu Europa. Ihre Aufnahme in die Europäischen Gemeinschaften bedeutet eine politische Erweiterung und kulturelle Bereicherung. Die Geschichte Europas ist untrennbar mit der Geschichte Spaniens und Portugals verknüpft. Die Europäische Gemeinschaft übernimmt damit mehr Verantwortung für die wirtschaftliche und politische Entwicklung dieser Länder.

Der Beitritt Spaniens und Portugals wird aufgrund der historischen Bindungen zwischen diesen und den lateinamerikanischen Ländern auch die Beziehungen Europas zu Lateinamerika stärken und positive Auswirkungen auf das Verhältnis beider Staatengruppen zueinander haben.

- II. Der Deutsche Bundestag hat die Entscheidung des Europäischen Rates von Mailand begrüßt, eine Regierungskonferenz der EG-Mitgliedstaaten zur Änderung der Römischen Verträge und zur Ausarbeitung eines Vertrages über Außen- und Sicherheitspolitik einzuberufen und über die Ereignisse in Luxemburg zu entscheiden.
- III. Der Deutsche Bundestag hat im Zusammenhang mit der Vorlage des Entwurfs eines Vertrages zur Gründung der Europäi-

schen Union durch das Europäische Parlament festgestellt, daß das politische Ziel der europäischen Integrationsbestrebungen die Errichtung einer Europäischen Union sein muß.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Die politische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) ist zu institutionalisieren und vertraglich festzuschreiben. Die Zuständigkeiten sind um die Bereiche Sicherheits- und Abrüstungspolitik zu erweitern.
2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß die Entscheidungsstrukturen der Europäischen Gemeinschaften verbessert werden. Hierzu gehören als Mindestforderungen:
 - Rückkehr zu den in den Römischen Verträgen vorgesehenen Mehrheitsentscheidungen im Rat, z. B., Beschlüsse mit qualifizierter oder einfacher Mehrheit sollen überall dort wieder Anwendung finden, wo sie in den Verträgen vorgesehen sind;
 - klare Kompetenzabgrenzungen zwischen Rat, Kommission und Europäischem Parlament, insbesondere muß die Stellung der Kommission wieder gestärkt werden, damit sie unabhängig von den Weisungen der Regierungen ihre politischen Aufgaben wahrnehmen kann;
 - die eindeutige Stärkung der legislativen Befugnisse des Europäischen Parlaments, insbesondere Mitentscheidungsrecht bei der EG-Gesetzgebung, volles Haushaltsrecht, Ratifizierungsrecht bei Verträgen der Gemeinschaft mit Drittstaaten, Einbeziehung der EPZ in die parlamentarische Arbeit und Mitwirkung bei der Bestellung der Kommission.
3. Das Europäische Währungssystem (EWS) ist mit dem Ziel weiterzuentwickeln, daß es zu einer größeren Stabilität der Gemeinschaft beiträgt. Die private wie offizielle Verwendung der ECU muß gefördert werden. Alle Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sollen dem EWS beitreten. Die erweiterten Bandbreiten einzelner Mitglieder für Wechselkursschwankungen sollen weiter verringert werden. Noch bestehende Kapitalverkehrskontrollen sind zu beseitigen.
4. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich mit allem Nachdruck für die Vollendung des Binnenmarktes bis 1992, wie von der EG-Kommission vorgeschlagen, einzusetzen. Dazu gehören insbesondere:
 - die europaweite Ausschreibung öffentlicher Aufträge, wie z. B. im Bereich Post- und Fernmeldewesen;
 - die Angleichung der nationalen Normen und Standards, z. B. durch die Einführung europäischer Prüfverfahren und die europaweite Anerkennung von Prüfungen und Bescheinigungen;
 - ein gemeinsamer Markt für Dienstleistungen, beispielsweise im Bereich Versicherungen und Verkehr;

- die Harmonisierung der Steuern, insbesondere der Verbrauchsteuern, um Wettbewerbsverzerrungen und Grenzformalitäten zu beseitigen;
 - Beseitigung der Grenzkontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen für den Personen- und Warenverkehr, insbesondere auch die überfällige Einführung des Europapasses und eines europäischen Führerscheins.
5. Der Deutsche Bundestag fordert eine verstärkte Zusammenarbeit auf den Gebieten Technologie und Forschung mit dem Ziel, eine europäische Technologiegemeinschaft zu schaffen, die in der Lage ist, der europäischen Industrie Entwicklungschancen zu garantieren und die Unabhängigkeit Europas auf technologischem Gebiet zu stärken und auszubauen. Hierzu gehören eine verstärkte Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Spitzentechnologien, insbesondere die Inangriffnahme gemeinsamer Projekte, z. B. bei Informationstechnik, Umweltforschung, Opto-Elektronik, Großcomputer, europäische Datenbanken und Weltraumfahrt. Europa muß sich auf diesem Gebiet selbst behaupten.
6. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß der gemeinsame Umweltschutz in den Römischen Verträgen verankert wird.
- Der Deutsche Bundestag fordert zudem ein umfassendes Umweltschutzprogramm für Europa mit einem
- Sofortprogramm gegen das Waldsterben,
 - Nordsee- und Mittelmeerschutzprogramm,
 - Gewässer- und Trinkwasserschutzprogramm,
 - europäischen Bodenschutzkonzept,
- und die besondere Verankerung des Umweltschutzes in der EG-Agrarpolitik sowie die Einbeziehung eines europäischen Sanierungsprogramms für Altlasten.
7. Die Erweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal kann sich nur dann ohne Bruch vollziehen, wenn die Folgen des Beitritts von allen Beteiligten getragen werden. Den neuen Mitgliedstaaten muß solidarisch geholfen werden, den Beitritt wirtschaftlich und sozial zu verkraften. Dem muß der Haushalt der Europäischen Gemeinschaft für das Jahr 1986 Rechnung tragen.
8. Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß sie endlich der Aufforderung des Europäischen Parlaments an die Regierungen und Parlamente der EG-Mitgliedstaaten nachkommt und ihre Stellungnahme zum Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union abgibt.

Bonn, den 4. Dezember 1985

Dr. Vogel und Fraktion

